

## Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Spielräume nutzen, Bundesgesetze menschenrechtsorientiert umsetzen!**

Das Gesetz zur Neustimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung ist am 1. August 2015 in Kraft getreten. Das sogenannte Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz gilt seit dem 24. Oktober 2015. Diese Bundesgesetze eröffnen Handlungsspielräume für die Länder, die es menschenrechtsorientiert unter angemessener Berücksichtigung der Situation der Schutzsuchenden und zum Wohle des Landes Brandenburg auszufüllen gilt.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. zu gewährleisten, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Außenstellen Leistungen zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens (sogenannter notwendiger persönlicher Bedarf) durch Bargeld und nicht durch Sachleistungen gedeckt werden, da dies gemäß § 3 Absatz 1 Satz 7 Asylbewerberleistungsgesetz neue Fassung mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand nicht möglich ist.
2. im Rahmen der ihr zustehenden Befugnisse und Möglichkeiten darauf hinzuwirken, dass auch in den Gemeinschaftsunterkünften der notwendige persönliche Bedarf durch Bargeld und nicht durch Sachleistungen gedeckt wird.
3. Asylsuchenden, die nach dem neu gefassten § 44 Absatz 4 Aufenthaltsgesetz keinen Anspruch auf einen Integrationskurs haben, sowie Asylsuchenden, die zwar einen Anspruch haben, aber für die keine Kursplätze mehr verfügbar sind, dennoch die Teilnahme an Deutschkursen zu ermöglichen, zum Beispiel durch finanzielle Unterstützung geeigneter Vereine, Initiativen und SprachlehrerInnen.
4. bei den Ausländerbehörden des Landes Brandenburg darauf hinzuwirken, dass diese
  - a) Flüchtlinge mit Bleibeperspektive, die unter bestimmten Voraussetzungen laut Gesetz bereits nach drei Jahren eine Niederlassungserlaubnis beantragen können, frühzeitig von sich aus über die Voraussetzungen zum Erhalt dieser Erlaubnis unterrichten.

- b) von sich aus überprüfen, ob für Menschen in Brandenburg, die bereits seit vier Jahren mit einer Duldung oder Gestattung in Deutschland leben und deren 21. Lebensjahr noch nicht vollendet ist, eine Aufenthaltserlaubnis nach dem neu gefassten § 25a Aufenthaltsgesetz in Betracht kommt und bei positivem Ergebnis diese entsprechend informieren.
  - c) von sich aus überprüfen, ob für Menschen, die bereits seit sechs bzw. acht Jahren geduldet oder gestattet in Deutschland leben, eine Aufenthaltserlaubnis nach dem neuen § 25b Aufenthaltsgesetz in Betracht kommt und bei positivem Ergebnis diese entsprechend informieren.
5. Abschiebungshaft entsprechend der Vorgabe des § 62 Absatz 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz nur als ultima ratio in Betracht zu ziehen und vorrangig weiterhin auf die freiwillige Ausreise von Menschen zu setzen.
  6. in den Fällen, in denen von der Abschiebungshaft Gebrauch gemacht wird, entsprechend des neu gefassten § 62a Aufenthaltsgesetz zu gewährleisten, dass
    - a) der Anspruch auf Kontaktaufnahme zu einschlägig tätigen Hilfs- und Unterstützungsorganisationen im Vollzug der Abschiebungshaft sowie deren Besuchsrecht gewährleistet wird und
    - b) der Situation schutzbedürftiger Personen besondere Aufmerksamkeit zukommt.
  7. darauf hinzuwirken, dass sich beim durch Änderungen im Baugesetzbuch und im Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz erleichterten Bau von Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften die Standardsenkung nicht verstetigt. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen muss weiterhin angestrebt werden.
  8. weiterhin darauf hinzuwirken, dass die elektronische Gesundheitskarte so bald wie möglich zur medizinischen Versorgung der Asylsuchenden ausgereicht werden kann.
  9. zur Umsetzung der Aufgaben die Erstaufnahmeeinrichtung sowie weitere Landesbehörden, die mit Geflüchteten in häufigem Kontakt stehen, mit ausreichend und im Umgang mit Geflüchteten besonders qualifiziertem Personal auszustatten. Eine entsprechende Qualifizierung des bereits vorhandenen Personals ist sicherzustellen.
  10. darauf hinzuwirken, dass ausreichend SprachmittlerInnen in der Erstaufnahmeeinrichtung sowie in weiteren Landesbehörden, die mit Geflüchteten in häufigem Kontakt stehen, zur Verfügung stehen, sodass Anträge und Entscheidungen bei Bedarf auch übersetzt werden können.
  11. alle weiteren Handlungsspielräume für die Länder, die die neuen Bundesgesetze eröffnen, menschenrechtsorientiert zum Wohle des Landes und im Interesse der Schutzsuchenden umzusetzen.

## **Begründung:**

Das sogenannte Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ist als Kompromisslösung ein umfangreiches Artikelgesetz, welches Maßnahmen enthält, die einerseits Verbesserungen ermöglichen, andererseits aber auch einige Regelungen enthält, die mit einer menschenrechtsorientierten Flüchtlingspolitik nicht in Einklang zu bringen sind. So ist Folge der Bestimmung weiterer sogenannter „sicherer Herkunftsstaaten“ nicht nur die Einschränkung von Rechtsschutzmöglichkeiten, sondern auch die Einschränkung sozialer und wirtschaftlicher Rechte wie der unbegrenzte Verbleib in der Erstaufnahmeeinrichtung, die Residenzpflicht, das Arbeitsverbot und der Ausschluss von Integrationsleistungen. Zudem werden Leistungen für einige geduldete Menschen pauschal und in verfassungswidriger Weise eingeschränkt. Das bereits seit August in Kraft getretene Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung weitet darüber hinaus die Abschiebungshaft in einem rechtsstaatlich bedenklichem Maße aus und widerspricht damit ebenfalls den Grundsätzen eines humanen Umgangs mit Geflüchteten.

Daneben eröffnen die neuen Gesetze den Ländern aber auch Handlungsspielräume. So liegt es beispielsweise im Ermessen der Behörden der einzelnen Bundesländer, ob diese in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften den notwendigen persönlichen Bedarf als Sachleistungen statt als Bargeld ausgeben. Dieses Ermessen sollte sowohl zugunsten der Betroffenen, die durch Sachleistungen diskriminiert werden als auch zugunsten der Behörden, die sich mit einem hohen Verwaltungsaufwand konfrontiert sehen, dahingehend ausgeübt werden, dass der notwendige persönliche Bedarf in Bargeld ausgezahlt wird. Auch haben die Länder die Möglichkeit, den Geflüchteten über die Integrationsangebote des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge hinaus weitere Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache für eine bessere Integration bereit zu stellen, indem sie zum Beispiel Initiativen und Vereine, die sich entsprechend engagieren, finanziell stärker unter die Arme greifen. Zudem hat das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz deutlich gemacht, dass die Frage der Einführung einer Gesundheitskarte für Geflüchtete im politischen Ermessen der Länder steht. Hier sollte das Land Brandenburg weiterhin gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten die Einführung der Gesundheitskarte voranbringen.

Durch das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung wurden erleichterte Bleiberechtsregelungen für gut integrierte Jugendliche und erwachsene Menschen geschaffen. Eine Überprüfung der Duldungen dahingehend, ob eine entsprechende Aufenthaltserlaubnis in Betracht kommt, ermöglicht Menschen, die schon seit Jahren in Deutschland leben und integriert sind, bei positivem Ergebnis eine bessere Integration und baut weiterhin bestehende bürokratische Hürden ab. Beim Vollzug der Abschiebehaft sollte es hierzu im Land Brandenburg als „letztes Mittel“ kommen- ist entsprechend der neuen Gesetzeslage auf besonders schutzbedürftige Menschen ein besonderes Augenmerk zu richten. Gemäß den Vorgaben der RL 2008/115/EG ist der Zugang zu Hilfsorganisationen in der Hafteinrichtung unabhängig von einem konkreten Antrag inhaftierter Personen zu gewähren.

Die Beispiele machen deutlich, dass es neben der restriktiven Bundesgesetzgebung auch Handlungsspielräume für die Länder gibt. Diese sollten in Brandenburg zum Wohle des Landes und im Interesse der Flüchtlinge in menschenrechtsorientierter, humaner Art und Weise ausgefüllt werden. Bürokratische Hindernisse müssen weiter abgebaut und die Integration der Geflüchteten in die Gesellschaft vorangetrieben werden.

Axel Vogel  
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN